

Bekommt der Rathausparkplatz ein Solardach?

Mehr Ladesäulen, mehr umweltfreundlicher Verkehr, mehr Bäume: Die Kalletaler Politik beschließt ein Klimaschutzpaket. Die Gemeindeverwaltung soll Konzepte erarbeiten und sich an einem Wettbewerb beteiligen.

Jens Rademacher

Kalletal. Der Rathausparkplatz in Hohenhausen könnte eine Doppelfunktion bekommen: Unten drunter parken Autos, oben drüber produzieren Solarzellen Strom. Die Gemeindeverwaltung untersucht, ob es möglich ist, dort ein Solardachsystem zu montieren. Dieses Projekt ist Teil eines Klimaschutzpakets, das die Kalletaler Kommunalpolitik im Fachausschuss auf den Weg gebracht hat. Weitere Beschlüsse haben einen beseren ÖPNV, mehr Ladesäulen für Elektroautos und einen interkommunalen Windpark als Ziel.

Sich klimapolitisch besser aufzustellen, fördere die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde, sagte Ausschussvorsitzender Jürgen Georgi (Grüne) der LZ. „Dass eine Kommune in dieser Form aktiv wird, ist nicht selbstverständlich.“ Er sei froh, dass Bürgermeister Mario Hecker und die Rathaus-Mitarbeiter für die Vorschläge offen seien, zumal sie teils viel Arbeit für die Verwaltung bedeuten. Alle Beschlüsse beruhen auf Anträgen der rot-grünen Rats-, Koalition“. Sie wurden bis auf wenige Enthaltungen oder Nein-Stimmen auch von den anderen Fraktionen getragen.

„Vorzeigebispiel Solarparkplatz“: Den 800 Quadratmeter großen Rathaus-Parkplatz mit seinen 70 Stellplätzen zur Stromerzeugung zu nutzen, wäre nach Georgis Worten ein „schönes Vorzeigebispiel“. Allerdings ist das Projekt noch in einem sehr frühen Stadium. „Wir müssen mit der Volksbank und der Sparkasse reden, ob sie sich so etwas ebenfalls vorstellen können“, sagt Hecker. Die beiden Geldinstitute sind Rathaus-Nachbarn und Miteigentümer des Parkplatzes. Um die Idee zu finanzieren, soll nach Fördermitteln Aus-



Der Rathaus-Parkplatz in Hohenhausen ist im Gespräch für ein Solardach. Darüber kann die Gemeinde Kalletal allerdings nicht alleine entscheiden: Miteigentümer sind Volksbank und Sparkasse. Sie haben ein Wörtchen mitzureden. Archivfoto: Jens Rademacher

schau gehalten werden.

Schnellbus & Co.: Per Beteiligung am Landeswettbewerb „Ways2work“ („Wege zur Arbeit“) sollen Angebote entwickelt werden, wie Arbeitnehmer umweltfreundlicher zur Arbeit kommen. Hecker zufolge will die Gemeinde die Sache gemeinsam mit der Stadt Lemgo und der Kommunalen Verkehrsgesellschaft (KVG) in Angriff nehmen – hier wurde der ursprüngliche Beschlussvorschlag erweitert. „Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Mitarbeiter von großen Unternehmen attraktiver unterwegs sein können.“ Hecker nennt als Beispiele Mitarbeiter von Lemgoer Firmen wie Brasseler oder dem Klimikum, die in Kalletal wohnen.

Auch die Schnellbuslinie könnte eine Rolle spielen: Vor längerem war angekündigt wor-

den, dass der „Campus-Express“ zwischen Lemgo und Detmold bis Kalletal verlängert wird. Das Projekt war jedoch wegen der angespannten KVG-Finanzlage verschoben worden und ist bislang nicht realisiert. Mit „Way2work“ könnten nach Heckers Angaben die Arbeitsplätze von Busfahrern gefördert werden. Auch über ein Jobticket kann nachgedacht werden.

Grünen-Politiker Georgi bringt den Vorschlag von digitalen Mitfahrzentralen ins Spiel. Überdies fände er es wichtig, wenn auch die Betriebe im Kalletaler Gewerbegebiet Echternhagen Berücksichtigung fänden.

Mehr Ladesäulen: Über das Gemeindegebiet verteilt soll es mehr Ladesäulen für E-Autos geben. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, das den steigenden Bedarf analysiert. Dass wohl auch

Tankstellen und Unternehmen öffentliche Ladesäulen aufstellen werden, soll nach Georgis Angaben berücksichtigt werden. Um den Rest solle sich die Gemeinde kümmern. Georgi zufolge soll das Konzept möglichst schnell her.

Solar- und Windparks: Wind- oder Solarparks sollen auch über die Gemeindegrenzen hinweg entstehen können. Die Gemeinde soll das bei ihrer Flächennutzungsplanung berücksichtigen. „Wir könnten hier gemeinsam mit anderen Kommunen an möglichst unkritischen Stellen etwas tun“, sagt Georgi. Dabei sollen möglichst die Bürger beteiligt werden – etwa in Form von Bürgerwindrädern.

Solarstrom vom Feld: Im Flächennutzungsplan soll nach Möglichkeit eine Fläche für

„Agro-PV“ ausgewiesen werden. Damit ist eine Solaranlage auf dem Feld gemeint, unter der Landwirtschaft betrieben werden kann. Georgi: „Es gibt bereits Versuche in Süddeutschland. Dabei gibt es dann höhere Erträge für die Landwirtschaft, weil Schatten wegen des Klimawandels eine immer größere Bedeutung erlangt.“ Ein weiterer Beschluss bezieht sich auf den Verkauf von gemeindeeigenen Baugrundstücken: Hier sollen auf Dächern Solaranlagen festgeschrieben werden – allerdings unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Angemessenheit“, wie es im Beschluss heißt. Und schließlich werden für jeden gefällten Baum auf gemeindeeigenen Flächen künftig drei neue Bäume gepflanzt.

Sie erreichen den Autor per E-Mail an jrademacher@lz.de

27 M. 11. 2022